

Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen). Verschleiert als Maßnahmen gegen die Krise erleben wir eine heftige Welle neoliberaler Globalisierung und Entdemokratisierung. Freihandel nach außen und Austeritätspolitik innerhalb Europas, jeweils gepaart mit einer Machtverschiebung von Politik zu Konzernen, bilden eine unheilvolle Allianz.

TTIP in die Tonne!

Attac ruft auf: Widerstand jetzt!

TTIP ebnet keinen Weg, um Wirtschafts-, Energie- und Umweltkrisen zu lösen, sondern bringt uns einer unsolidarischen Welt und einer „marktkonformen“, konzerngesteuerten Schein-Demokratie näher. Viele Menschen in Europa und den USA, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus Landwirtschaft, Umwelt-, Entwicklungs- und Handelspolitik, Gewerkschaften und konzernkritische Bewegungen wenden sich gegen TTIP. Sie alle lehnen eine Ausweitung von Konzernmacht entschieden ab. Dazu haben sich Bündnisse gebildet in Deutschland (www.ttip-unfairhandelbar.de), in Europa (Aktionsseite: www.stop-ttip-ceta-tisa.eu) und in den USA.

Unsere Alternative zu TTIP:

Solidarischer und ökologischer Welthandel

Ein europäisches Bündnis aus 50 NGOs hat in einem offenen Beteiligungsprozess Handlungsvorschläge für eine alternative Handelspolitik entwickelt, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert (www.attac.de/atm). Menschenrechte, menschenwürdige Arbeit, soziale und ökologische Prinzipien sind nicht verhandelbar! Demokratie, Selbstbestimmungsrecht von Gemeinschaften und flache Hierarchien sollen als Grundlage einer selbstbestimmten Gesellschaft festgeschrieben werden.

Weitere Infos und Möglichkeiten, aktiv zu werden, unter www.attac.de/ttip



KERNFORDERUNGEN VON ATTAC

- ▶ TTIP-Verhandlungen sofort beenden!
- ▶ Verhandlungsdokumente bei Handels- und Investitionsabkommen stets umgehend offenlegen!
- ▶ Keine Sonderklagerechte für Konzerne – bestehende Verträge müssen geändert werden!
- ▶ Handels- und Investitionspolitik muss dem Gemeinwohl dienen und die Umwelt bewahren!

AKTIV WERDEN!

- ▶ Weitere Informationen einholen – auf unserer Webseite, über unseren Newsletter und auf unseren Veranstaltungen: www.attac.de/ttip
- ▶ Freunde und Bekannte, Medien und PolitikerInnen auf TTIP & Co ansprechen!
- ▶ Unsere aktuellen Mitmachprojekte unterstützen!
- ▶ Unsere Arbeit mit einer Spende fördern!

MITMACHPROJEKTE

- ▶ Die selbstorganisierte europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ unterschreiben: www.attac.de/sebi
- ▶ Sich als Handelshemmnis outen: www.ich-bin-ein-handelshemmnis.de
- ▶ Kommunen TTIP-frei machen: www.attac.de/kommunen-ttipfrei



Politisches Engagement kostet Zeit und Geld – bitte unterstützen Sie uns mit einer Spende!

Attac Trägerverein e. V.

BIC: GENODEM1GLS

IBAN: DE57 43060967 0800100800

Konto-Nr.: 800 100 800

BLZ: 43060967

GLS Gemeinschaftsbank

V.i.S.d.P.: K. Schulze, Attac Deutschland, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M.

KONZERNE PROFITIEREN, MENSCHEN VERLIEREN



„Frei“-Handelspakt EU–USA:
Das TTIP-Abkommen (Transatlantische Handels-
und Investitionspartnerschaft) und seine Folgen



In geheimen Verhandlungen wollen die EU und USA eine umfassende transatlantische Freihandelszone erschaffen. Angepriesen wird uns die geplante Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) als kostenloses Wachstumsprogramm. Die Erfahrung zeigt aber: Freihandelsabkommen dienen nicht dem Wohl der Allgemeinheit. Vielmehr besteht die Gefahr, dass Gesetze und Vorschriften zum Schutz von Mensch und Umwelt abgebaut werden; selbst unsere demokratische Rechtsstaatlichkeit könnte untergraben werden. Noch ist das Vorhaben zu stoppen. Gemeinsam mit Menschen aus Europa und USA setzen wir uns dafür ein.

Konzernmacht statt Demokratie Geheimverhandlungen

Die EU-Kommission hat vom Europäischen Rat das Mandat erhalten, mit den USA einen umfassenden Gesamtpakt auszuhandeln. Die Bevölkerung erfuhr von den geheimen Verhandlungspositionen nur über durchgesickerte Dokumente. Die Wirtschaftslobby dagegen hat erheblichen Einfluss auf die Verhandlungen und erstellt den Großteil der Expertisen. Parlamente bekommen den Vertrag erst nach Abschluss der Verhandlungen vorgelegt. Ändern können sie ihn dann nicht mehr. So ist zu befürchten, dass ein Pakt entsteht, in dem die Wunschliste der Konzerne als zukünftige internationale Wirtschaftspolitik festgeschrieben wird.

Konzerne machen Staaten den Prozess

Ausländische Investoren sollen vor Schiedsstellen gegen Staaten klagen können, wenn ihnen aus Gesetzesänderungen Gewinneinbußen erwachsen könnten (s. Box). Obwohl allen Unternehmen der ordentliche Rechtsweg offen steht, sollen internationale Investoren zusätzlich Sonder-Klagerechte in einem parallelen, völlig intransparenten Schiedssystem erhalten. Hoch bezahlte Juristen weniger Wirtschaftskanzleien fällen die Entscheidungen; Unabhängigkeit, Rechenschaftspflichten oder Berufungsmöglichkeiten gibt es nicht. Die Zahl solcher Verfahren steigt weltweit, oft geht es um milliardenschwere Entschädigungssummen, die aus öffentlichen Geldern aufzubringen sind. Es ist zu befürchten, dass Gesetzgeber zukünftig auf Verbesserungen bei Arbeitnehmerrechten, Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards verzichten, um das Risiko von Konzernklagen zu vermeiden. Angesichts massiver öffentlicher Kritik führte die Kommission eine Online-Konsultation zum Investitionsschutz durch, Ergebnisse werden Ende 2014 erwartet.

KLAGE: FRACKING-MORATORIUM

Die Provinz Québec verhängte 2012 aufgrund eines Bürgerentscheids ein Fracking-Moratorium. Über seine US-amerikanische Tochterfirma hat darauf der kanadische Konzern Lone Pine 2013 eine „Investor-to-State“-Klage gegen den kanadischen Staat eingereicht, in der er 250 Mio. kanadische Dollar als Entschädigung fordert. Bei seiner Klage stützt sich der Konzern auf das Investitionsschutzkapitel des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA.

Konzerne wollen Parlamente entmachten – Living Agreement

Genmais, Hormonfleisch oder Chlorhuhn sind noch lange nicht vom Tisch, auch wenn sie in dem Abkommenstext buchstäblich nicht auftauchen werden. Denn TTIP soll als „Living Agreement“, ein für künftige Entwicklungen offenes Abkommen, gestaltet werden: Absprachen zu Maßnahmen, die Parlamente oder die Öffentlichkeit jetzt nicht akzeptieren, sollen in einen transatlantischen „Regulierungsrat“ verlagert werden, wie einem durchgesickerten Dokument der Europäischen Kommission zu entnehmen ist. Dieses Gremium aus Vertretern von Regulierungsbehörden soll sich eng mit Lobbygruppen abstimmen, um unterschiedliche Standards anzuerkennen oder dauerhaft einander anzugleichen. Lange bevor Parlamente die Vorschläge zu sehen bekämen, wären dadurch Konzerne in Gesetzgebungsverfahren einbezogen.

TTIP: Konzerne profitieren, Menschen verlieren „Ich bin ein Handelshemmnis“

Demokratisch beschlossene Maßnahmen wie z. B. Produktionsstandards, Kennzeichnungspflichten, Umwelt-, Gesund-

heits- und Sozialauflagen gelten in der Freihandelslogik als „Handelshemmnisse“, denn sie belasten Konzerne mit „unnötigen“ Kosten. Daher sollen sie in TTIP massiv abgesenkt oder ganz beseitigt werden. Solche „Handelshemmnisse“ sind u. a.

► *das Vorsorgeprinzip.* In der EU müssen Unternehmen vor der Zulassung ihrer Produkte und Verfahren nachweisen, dass diese unschädlich sind; sieht die Behörde ein Risiko, verhindert sie vorsorgend die Zulassung. In den USA dagegen kann die Zulassungsbehörde erst nach einem Schadensfall nachsorgend einschreiten. Konzernen ist das EU-Modell schon lange ein Dorn in Auge.

► *der Verbraucherschutz.* Viele Auflagen, etwa bei Nahrungsmitteln, sollen wegverhandelt werden. Folge: Hormonfleisch, gentechnisch veränderte Lebensmittel oder mit Chlor desinfiziertes Geflügel könnten dann auch in der EU verkauft werden.

► *die ArbeitnehmerInnenrechte.* TTIP könnte die Abwärtsspirale bei Arbeits- und Sozialstandards EU-weit beschleunigen, zumal in den USA deutlich schwächere Bestimmungen gelten. Andere Freihandelsabkommen haben zu Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzverlagerung und massiver Ausweitung des Niedriglohnssektors geführt – jedoch zur Steigerung von Konzernprofiten.

► *die Regulierung der Finanzmärkte.* Mit TTIP stehen die wenigen Regulierungsfortschritte, wie sie vor allem in den USA zu Krisenbekämpfung eingeleitet wurden, unter Beschuss. Aus den Erfahrungen der Finanzkrise hat die EU-Kommission nichts gelernt, sie drängt erneut auf die Liberalisierung von Finanzdienstleistungen.

► *die Öffentliche Daseinsvorsorge.* Die TTIP-Verhandlungen zielen darauf ab, Dienstleistungen „auf dem höchsten Liberalisierungsniveau“ zu binden, das EU und USA in anderen Freihandelsabkommen bereits vereinbart haben. Dienste der

öffentlichen Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Bildung und Wasserversorgung werden von Kommunen und Regionen erbracht. In diesen Sektoren sind bereits jetzt profitorientierte Unternehmen tätig, so dass die im TTIP-Mandat aufgeführte Ausnahmemöglichkeit nicht greift.

► *das Öffentliche Beschaffungswesen.* Die EU drängt die USA massiv zur Liberalisierung öffentlicher Ausschreibungen auf allen staatlichen Ebenen. Dadurch würde es erschwert, bei der Vergabe soziale und ökologische Ziele zu berücksichtigen oder die eigene Region zu stärken. Schon jetzt sind Bund, Länder und Kommunen von einem bestimmten Auftragswert an verpflichtet, ihre Aufträge im EU-Binnenmarkt auszuschreiben. Einen Vorgeschmack gibt der CETA-Vertrag mit Kanada.

► *die Kulturförderung.* Entgegen den Beteuerungen der zuständigen Kommission könnten auch die europäische Filmförderung, die Buchpreisbindung oder die öffentliche Förderung kultureller Einrichtungen jederzeit dem Freihandel geopfert werden.

► *der Datenschutz.* Daten abgreifen einerseits, (digitale) Güter kontrollieren andererseits: Unterhaltungsindustrie und Internetdienstleister wollen unser Konsumverhalten durchleuchten und steuern. TTIP könnte die noch nicht verabschiedete EU Datenschutz-Grundverordnung verwässern.

Das Freihandelsdogma der EU – Demokratie stört

Die Ideologie des Freihandels ist zentraler Bestandteil der EU-Außenhandelsstrategie. TTIP ist der bislang weitestreichende Versuch von Politik und Wirtschaft, unter dem Deckmantel des freien Handels gesellschaftliche Errungenschaften abzubauen. Dieser Vorsatz betrifft die gesamte Palette der Handelsagenda, u. a. die Verhandlungen zu EPAs (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks), zu CETA (umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada) oder zu TiSA (plurilaterales

